

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Versdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wülstenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf zc.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wertesjährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Austräger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. **U.** Lage erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die Gespaltene Korpusseite oder deren Raum 12 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2 gespaltene Zeile im amtlichen Teil 50 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich. *********

Nr 22

Fernsprecher Nr. 151.

Dienstag, den 28. Januar 1913.

Geschäftsstelle Bahnstraße 3.

40 Jahrgang

Tiefbewegt bringen wir zur Kenntnis, dass am 25. Januar d. J. unser hochverdienter

Ehrenbürger Herr Privatmann Johann Carl Gruber

Ritter des Albrechtsordens I. Klasse

verschieden ist.

Ausgerüstet mit reichen Kenntnissen und Erfahrungen, hat sich der Heimgegangene um die Industrie als Begründer der hiesigen Firma **Carl Gruber**, als langjähriger Vorsitzender des Fabrikantenvereins und Handelsrichter, und um das öffentliche Leben durch Uebernahme zahlreicher Ehrenämter unvergängliche Verdienste erworben.

Seltene Gaben des Herzens und des Gemütes ließen ihn seine besondere Fürsorge der werktätigen Liebe widmen; er war ein hochherziger Wohltäter und Helfer für alle, die bei ihm Rat und Hilfe suchten, und als ein begeisterter Freund aller edlen Bestrebungen ein Förderer unserer Parkanlagen und damit der Verschönerung unserer Stadt.

Wir trauern um den Verlust eines Ehrenbürgers im wahrsten Sinne.

Sein Andenken wird allezeit in Ehren und Segen bestehen.

Hohenstein-Ernstthal, den 27. Januar 1913.

Der Stadtrat.

Die Stadtverordneten.

Bürgermeister Dr. Patz.

E. Lohse, Vorsteher.

Die neue Balkanlage.

Der neuen jungtürkischen Herrschaft stellt man eine noch kürzere Dauer in Aussicht als der ersten 1909 aufgerichteten und im vorigen Jahre zerfallenen. Die Balkandelegierten glauben, daß die Jungtürken bereits im Laufe dieser Woche abzurufen werden und wollen daher ruhig noch in London bleiben. Die Großmächte beschließen, der neuen türkischen Regierung Zeit zum Ueberlegen und zur Entscheidung zu gewähren. Auch Rußland wird sich dieser Haltung zunächst anschließen. Trotz des Regierungswechsels herrscht in Konstantinopel Ruhe. Es wurden nur einige Verhaftungen attürkischer Journalisten vorgenommen. Von den im Regierungsgebäude gefangenen älteren Ministern wurden alle bis auf zwei, die als erregte Jungtürkenfeinde bekannt sind, wieder freigelassen.

Kein Tote als Opfer des Staatsstreiks.

Die blutigen Vorgänge im Ministerratssaal des Regierungsgebäudes und der Tod des Generalissimus Rasim Pascha werden wohl nie ganz aufgeklärt werden. Fest steht nur soviel, daß neun Personen getötet wurden, als Enver Bey mit einer kleinen Schar von Offizieren und Zivilpersonen in das Regierungsgebäude eindrang und den Großwesir samt allen Ministern zum sofortigen Rücktritt zwang. Außer Rasim Pascha wurden noch dessen beide Adjutanten, ein Hauptmann, ein Sekretär und drei Diener erschossen; das neunte Opfer ist unbekannt. Der Kriegsminister wurde, wie es heißt, von einem früheren jungtürkischen Abgeordneten niedergeschossen. Enver Bey hatte zunächst seine Karte im Ministerratssaal abgeben lassen und um Zutritt gebeten. Da die Minister ihn nicht empfangen wollten, erzwang er sich den Zugang. Dabei feuerte ein Adjutant des Kriegsministers den ersten Schuß ab. Als Rasim Pascha in der Tür des Saales erschien, fielen Schüsse und der Kriegsminister sank tödlich getroffen zu Boden. Er erhielt eine Kugel am rechten Auge und eine zweite in die rechte Schläfe. Die eingebrungenen Jungtürken wollten auch den Großwesir töten, ließen ihn aber das Leben, da er ihnen bittend entgegenkam. Früher ließ es, Kiamil hätte den Eindringlingen gegenüber eifige Ruhe bewahrt.

Außer der Armee hat die niedere Geistlichkeit mit den Jungtürken gemeinsame Sache zum Sturze der Regierung Kiamils gemacht. So verließen Sofias und Jungtürken sonst auch sind, in der Weigerung, Adrianopel abzutreten, fanden sie sich zusammen. Die Geistlichen wählten Adrianopel mit seinen Moscheen aus Gründen religiöser Empfindung, die Jungtürken aus solchen der nationalen Ehre den christlichen Bulgaren nicht ausliefern. Beide Parteien, die Jungtürken ebenso wie die niederen Geistlichen, haben keinen Ueberblick über die Lage. Das Gleiche gilt auch von der Armee bei Schataldscha, die zum größten Teil aus irisch von Kleinasien herübergekommenen Leuten besteht und die demokratisierenden Niederlagen nicht mitgemacht hat. Selbst der neue Großwesir Mahmud Schewket Pascha besitzt keine genaue Kenntnis der Lage. Er war von Kiamil geistlich zurückgehalten worden und hat den schlimmsten Teil des Krieges aus persönlicher Anschauung nicht kennen gelernt. Nur das weiß er, daß die türkischen Staatskassen leer sind, daß die Truppen vor Schataldscha schon seit Wochen keine Löhnung und die Beamten keine Gehälter mehr erhielten, daß ein nach vielen Mühen geblückter Pump von 200 000 Mark nur ein Tropfen auf einen heißen Stein war, und daß die Ausnahme einer inneren Anleihe von 10 Millionen, trotz äußerster Anstrengungen nicht ermöglicht werden konnte.

Zeit zum Ueberlegen

wollen die Großmächte der neuen türkischen Regierung zur Beantwortung ihrer Note gemäßen. Nach den Erklärungen des Kabinetts Schewket Pascha ist nur leider zu befürchten, daß auch nach längerer Ueberlegung die Antwort nicht zur Zufriedenheit der Großmächte ausfallen wird. Die neuen Minister erklären zwar, daß sie keine Abenteuerpolitik treiben und die Friedensverhandlungen fortsetzen wollen; sie wollen den Frieden jedoch nur unter ehrenvollen Bedingungen, d. h. ohne die Abtretung Adrianopels, schließen und sie glauben noch stark genug zu sein, um sich äußersten Falles solche ehrenvollen Bedingungen erkämpfen zu können. In diesem Sinne ist auch ein Aufruf abgesetzt, der Volk und Regierung zur Einigkeit ermahnt, durch welche die Türkei alle ihr drohenden Gefahren überwinden werde.

Die Londoner Friedensdelegierten

der Balkanbundesstaaten gaben ihren ursprünglichen Entschluß, sofort heimzureisen und ihre Regierungen um die Kündigung des Waffenstillstandes mit der Türkei zu ersuchen, wieder auf, da sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine siegreiche Gegenrevolution in Konstantinopel nicht ausbleiben und das junotürkische Regiment wahrscheinlich schon in den allernächsten Tagen wieder gestürzt werden würde.

Die Gerüchte von der Entthronung des Sultans und der Aufrichtung einer Militärdiktatur in der Türkei sind unbegründet.

Die Einigkeit Europas

erscheint bisher gesichert. Rußland wird keine Sonderaktion zur Ausübung eines Druckes ausüben, obwohl gewisse Damen am Petersburger Hofe mit aller Kraft darauf hinarbeiten. In halbamtlichen Berliner Kreisen hegt man daher noch die Hoffnung, daß es auch der neuen Regierung gelingen werde, wenn auch auf einer etwas anderen Basis als der ursprünglich erstrebten, den Frieden zu erlangen.

Die Votschafterreunion in London

hielt am Sonnabend eine Sitzung ab, nachdem die türkischen Friedensdelegierten sowie die der Balkanstaaten mit dem Minister des Auswärtigen Grey und den Votschastern konferiert hatten. Auch in Konstantinopel fand ein reiner Gedankenaustausch zwischen den Vertretern der neuen Regierung und den Votschastern der Großmächte statt. Viel bemerkt wurde eine mehrstündige nächtliche Besprechung Enver Beys mit dem deutschen Votschaster von Wangenheim. Um so größer war die Verwunderung darüber, daß Herr v. Wangenheim einer später stattfindenden Konferenz aller in Konstantinopel beglaubigten Votschaster und Gesandten fernblieb.

Der bulgarisch-rumänische Entschädigungsstreit

hatte sich infolge mangelnden bulgarischen Entgegenkommens immer schärfer zugepoint, so daß die rumänische Regierung, des ewigen Feilschens müde, sich endlich zu energischen Beschlüssen genötigt sah, die in einer Kronratsitzung zu Bukarest unter dem Voritze des Königs Karol gefaßt wurden. Rumänien scheint dem bulgarischen Nachbar eine Art Ultimatum gestellt und ihm aufgegeben zu haben, bis zu einem gegebenen Zeitpunkt 11 pp und klar mitzuteilen, ob er die rumänischen Entschädigungsforderungen, über die im einzelnen öffentlich noch nichts bekannt geworden ist, ihrem vollen Umfange nach annehmen wolle oder nicht.

Serbien will keinen Krieg mehr.

Ein spät abends im Kriegsministerium versammelter außerordentlicher serbischer Ministerrat, welcher bis zwei Uhr morgens beriet, beschloß, die Londoner Friedensdelegierten erst dann zur Heimkehr aufzufordern, wenn die türkischen Delegierten dieselbe Aufforderung erhalten. Somit ist Serbien abgeneigt, den Krieg fortzusetzen, und ist vielmehr geneigt, mittels weiterer Verhandlungen zu einer eventuellen Verständigung zu kommen. Finanzminister Patschu deutete während der stürmischen Beratung auf Serbiens prekäre Geldlage hin, Kriegsminister Vojanowitsch wieder auf die Typhuskrankheit, an welcher ein großer Teil der serbischen Armee erkrankt sei. Der Minister des Innern Protisch warnte die Regierung vor inneren Unruhen. Darauf erklärte der Ministerpräsident Patsich, daß Serbien momentan faktisch nicht in der Lage sei, die Behauptung Bulgariens auf den Besitz von Adrianopel mit den Waffen zu unterstützen. Sollte sich jedoch bald der Gesundheitszustand in der Armee bessern, werde Serbien dennoch auch in diesem Sinne seiner Bundespflicht nachkommen. Die Beschlüsse des Ministerrates wurden sofort dem Belgrader bulgarischen Gesandten Toltschew mitgeteilt.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ und die neue Lage.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt in ihrer Wochenrundschau: Soweit die neuen Ereignisse

in Konstantinopel von der europäischen Presse mit Ernst und Einsicht gewürdigt werden, tritt überall der Gedanke hervor, das Wichtigste für die weitere Behandlung der Orientwirren sei die Wahrung der Einigkeit unter den Großmächten und die Fortsetzung ihrer gemeinsamen Arbeit zur Wiederherstellung des Friedens. Dazu gehört vor allem das Festhalten an der bisher beobachteten Neutralität. Tatsächlich besteht kein Grund zur Annahme, daß einzelne Mächte das Konzert verlassen wollen, um in die Entwicklung der Dinge im Orient nach eigenem Ermessen einzugreifen. Für ein gemeinsames Auftreten Europas kommen Zwangsmassregeln gegen die Türkei nicht in Frage. Sie würden mit den Grundgesetzen der Neutralität nicht in Einklang stehen und könnten bedenkliche Folgen haben. Es bleibt — im Interesse der Einigkeit unter den Großmächten — nur das Weitergehen auf dem Wege gemeinsamer diplomatischer Einwirkung, um neue Feindseligkeiten zu verhüten oder, falls unmöglich, sie örtlich und zeitlich einzuschränken.

Tagesgeschichte.

Das Befinden des Prinzen Adalbert von Preußen

hat sich weiter gebessert; das Fieber ist völlig geschwunden. Der Prinz dürfte in einigen Wochen vollständig genesen sein. Bevor er jedoch zu seinem Kommando als Navigationsoffizier auf dem Kreuzer „König“ zurückkehrt, wird der Prinz einen längeren Aufenthalt im Süden nehmen.

Die Schwierigkeiten der Besitzsteuer.

Kaum sind die Bedenken wegen der Militärvorlage und der über sie angeblich entstandenen ersten Meinungsverschiedenheiten in Regierungskreisen durch die amtliche Richtigstellung der „Nordb. Allg. Ztg.“ behoben worden, da treten auch schon Gerüchte von möglichen Streitigkeiten wegen der in Aussicht stehenden Besitzsteuer vor. Gegen eine Reichseinkommens- oder Vermögenssteuer äußerte sich nach dem Vorgange Sachsens und Oldenburgs laut „Mündl. N. N.“ soeben auch Württemberg. Die „Tagl. Rundsch.“ behauptet, daß auch der preussische Finanzminister ein entschiedener Gegner der beiden genannten Steuerarten sei. Es wird angebeutet, daß die Verhandlungen im Bundesrat eine Wendung zugunsten der Erbanfallsteuer nehmen und den Reichskanzler zu einem Abschiedsgesuch veranlassen könnten. Die erste Finanzministerkonferenz über die Besitzsteuerfrage zu Beginn dieses Jahres verlief bekanntlich ergebnislos.

Reichstagskommissionen.

Bei Beratung der Resolutionen auf Erhöhung der Beamtengehälter beim Postetat erklärte Schatzsekretär Kühn, die Erfüllung der beschiedenen Wünsche würde einen jährlichen Mehraufwand von 6, die der weitergehenden einen solchen von 18 Millionen erfordern und den Etat in jedem Falle stark belasten. Auch würden sich die Bundesstaaten dem Gehege wegen dessen Rückwirkung auf ihre eigenen Besoldungssysteme widersetzen. Gleichwohl solle die Anregung noch einmal wohlwollend geprüft werden. Staatssekretär Kräfte schloß sich diesen Ausführungen an. Beschlossen wurde, das Gehalt des dienstältesten Drittels der mittleren Beamten um 300, des aller Unterbeamten um 100 Mark zu erhöhen. Ein Antrag auf unkündbare Anstellung der Postkassinnen wurde abgelehnt. — Die Kommission für die Jugendgerichte nahm trotz des Protestes der Regierung einen Antrag auf bedingte Beurteilung Jugendlicher an. Darnach soll die Beurteilung bei späterer guter Führung der Betreffenden als nicht erfolgt gelten.

Wahlrechtsänderung im Herzogtum Koburg-Gotha.

Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogtümer Koburg und Gotha stimmte gegen die Stimmen der Konservativen dem Antrag seiner Verfassungskommission zu, die Staatsregierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, der unter Abänderung des Staatsgrundgesetzes